

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Omid Nouripour, Dr. Konstantin von Notz, Filiz Polat, Luise Amtsberg, Margarete Bause, Canan Bayram, Dr. Franziska Brantner, Britta Haßelmann, Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Monika Lazar, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Tabea Rößner, Dr. Manuela Rottmann, Wolfgang Wetzel, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Koordinierte Rückführung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus den ehemaligen IS-Gebieten gewährleisten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die koordinierte Rückführung aller sich dort in Haft befindlicher deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie deren Kinder aus den ehemaligen sogenannten „IS-Gebieten“ in Syrien und dem Irak nach Deutschland zu organisieren und damit auch dem diesbezüglich vorgetragenen Appell der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im UN-Sicherheitsrat im Januar 2021 zu entsprechen (vgl. AFP, 10. Februar 2021).

Berlin, den 23. März 2021

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

## Begründung

Im Januar 2021 hat die neue Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im UN-Sicherheitsrat noch einmal deutlich an die internationale Gemeinschaft appelliert, dass die nach Syrien und in den Irak zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) ausgereisten eigenen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden müssten, da ansonsten die globale Bedrohung durch den IS zunehmen werde. Der hier eingeforderten Verantwortung muss auch die Bundesregierung endlich nachkommen.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (19/26668) am 12.2.2021 bestätigt, dass Anfang Dezember 2020 drei Frauen und zwölf Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft aus Syrien durch die Bundesregierung zurückgeholt werden konnten. Mitarbeitende des Auswärtigen Amtes waren demnach in die Rückholung vor Ort involviert. Damit konnte gezeigt werden, dass die vorher in mehreren Antworten auf parlamentarische Anfragen vorgebrachte Argumentation der Bundesregierung, man könne die Rückholung nicht organisieren, weil es keine diplomatischen Beziehungen zu Syrien und keine offiziellen Kontakte zur kurdischen Autonomie-Verwaltung gebe, hinfällig ist. Die Rückholung ist möglich und muss daher endlich auch systematisch und koordiniert erfolgen.

Der Deutsche Bundestag ist besonders besorgt um die vielen minderjährigen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die bereits seit Jahren in prekären Verhältnissen in den Lagern für ehemalige IS-Angehörige der Kurdenmilizen großwerden und den Schaden, den dies für ihre Gesundheit und ihre Bildungschancen bedeuten wird. Viele Kinder sind traumatisiert, wurden körperlich oder psychisch misshandelt. Die Bundesregierung steht in der Pflicht alles zu unternehmen, um diesen Kindern ein Leben unter normalen Bedingungen zu ermöglichen.

Hinzukommt, dass viele der erwachsenen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die sich immer noch in Haft in Syrien oder dem Irak aufhalten, potentielle „Gefährder“ sind oder zumindest unklar ist, ob und wenn ja, welche Gefahr von ihnen möglicherweise ausgeht. Es ist der Region angesichts ohnehin gravierender Instabilitäten nicht zuzumuten, dass IS-Angehörige aus Europa die Bedrohungslage dort erheblich zusätzlich strapazieren – durch ihren weiteren Verbleib in den Lagern oder im Gefängnis und umso mehr sollten sie unkoordiniert freikommen, z. B. durch die anhaltenden Kämpfe und Unruhen in der Region. Experten warnen zudem vor Befreiungsversuchen durch die Terrororganisation IS, die ihre Aktivität sowohl in Syrien, als auch im Irak in den letzten Monaten verstärkt hat und Versuche unternehmen könnte, ihre Anhängerinnen und Anhänger aus den unzureichend gesicherten Gefangenenlagern zu befreien. Es muss der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland sein, die Rücknahme dieser Menschen schnell und kooperativ zu organisieren, um nicht sehenden Auges die Krise vor Ort weiter zu forcieren.

Außerdem ist es auch im Interesse der Sicherheit aller westeuropäischen Staaten, wenn eine Rückkehr der IS-Angehörigen geordnet und kontrolliert erfolgen kann, so dass sie anschließend unmittelbar im Blick der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sind. Eine chaotische, verdeckte, nicht geahndete Rückkehr potentiell anschlagsbereiter Dschihadistinnen und Dschihadisten birgt unüberblickbare Gefahren. Auch in diesem Sinne muss endlich die geordnete Rückkehr deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus den ehemaligen IS-Gebieten organisiert werden.